

**15**  
**78**

# Union in Deutschland

Bonn, den 13. April 1978

## Schmidts Doppelspiel

Die dramatische Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundene Gefährdung unserer Sicherheit ist besonders deutlich geworden bei der Behandlung der Frage der Neutronenwaffe durch den Bundeskanzler. Dies stellte das CDU-Präsidium in seiner Sitzung am 10. April 1978 in Bonn fest.

Für den Aufschub der amerikanischen Entscheidung über den Bau dieser Waffe ist Bundeskanzler Schmidt mit verantwortlich. Er hat als stellvertretender SPD-Vorsitzender zu der umfangreichen Kampagne seiner Partei gegen die Neutronenwaffe unvertretbar lange geschwiegen. Diese Kampagne wird von dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und Bundesgeschäftsführer Egon Bahr in unverantwortlicher Weise angeführt. Bundeskanzler Schmidt hat es nicht gewagt, wegen der befürchteten Reaktion der immer stärker werdenden Linken in der SPD, die Position der Bundesregierung in dieser Frage rechtzeitig kundzutun. Das bedeutet eine Verletzung der deutschen Sicherheitsinteressen. Der Bundeskanzler darf deshalb nicht aus der Verantwortung für die in den letzten Wochen besorgniserregend schlechter gewordenen Beziehungen zu Washington entlassen werden.

Weiter auf Seite 2

### ■ EUROPA

Vorbereitungen für die Wahl vom 7. bis 10. Juni 1979 laufen an. Seite 3

### ■ BUNDESWEHR

Union für Heeresreform, aber gegen radikale Eingriffe. Seite 5

### ■ NICO HÜBNER

Die Deutschen in der DDR nicht moralisch im Stich lassen. Seite 7

### ■ CDU-BERLIN

Wieder Vertrauen in die Wirtschaftskraft der Stadt schaffen. Seite 11

### ■ FACHTAGUNG

Frauen haben mehr Mut zur Selbständigkeit. Seite 13

### ■ SCHEEL

Brandts Motive sind zu durchsichtig. Seite 15

### ■ DOKUMENTATION

Eigentum schafft Freiheitsraum für den Bürger. Grüner Teil

### ■ UID-EXTRA

Mehr Geld für die Gemeinden / Investitionsförderungsprogramm der KPV. Gelber Teil

### ■ REGISTER

Für die Ausgaben 1/2 bis 14/1978. Gelber Teil



## Fortsetzung von Seite 1

Das CDU-Präsidium bekannte sich mit Nachdruck zur deutsch-amerikanischen Freundschaft und erklärte, daß für die CDU, die unter Konrad Adenauer das deutsch-amerikanische Bündnis geschaffen habe, diese Freundschaft auch heute die Basis ihrer Außen- und Sicherheitspolitik darstelle. Diese enge Partnerschaft dürfe weder durch währungspolitische noch verteidigungspolitische Meinungsverschiedenheiten gestört werden. Die CDU bleibe in der Kontinuität ihrer bisherigen Außenpolitik. Als die klassische Partei der deutsch-amerikanischen Freundschaft warne sie vor den Auswirkungen der unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt eingetretenen dramatischen Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Durch die währungs- und verteidigungspolitische Entwicklung der letzten Monate, für die der Bundeskanzler die Verantwortung mittrage, werde die deutsche Sicherheit gefährdet.

Helmut Kohl wies darauf hin, daß die positive Entwicklung und die Festigung des Verhältnisses zwischen Bonn und Washington die unverzichtbare Grundlage einer Politik sei, die die Sicherheit und Unabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland und des freien Europa bewahren wolle. Die enge Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA dürfe nicht in Frage gestellt werden.

Unter Zustimmung des Parteipräsidiums betonte Helmut Kohl, es liege im Interesse Europas, wenn das Nato-Bündnis schlagkräftig erhalten bleibe. Im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Neutronenwaffe sagte er, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe sich

bereits im Februar dieses Jahres einstimmig für die Einführung dieser Waffe im Atlantischen Bündnis eingesetzt. Angesichts der übermächtigen sowjetischen Panzerüberlegenheit in Mitteleuropa und der bereits installierten Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 müßten Gegenleistungen Moskau erfolgen, wenn ein Verzicht auf die Produktion der Neutronenwaffe nicht ein großer Erfolg der Sowjetunion werden solle.

Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. Februar 1978 einstimmig beschlossene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die CDU/CSU-Fraktion bekräftigt erneut ihre mehrfach auch im Deutschen Bundestag bekundete Haltung zur Einführung der Neutronenwaffe im Atlantischen Bündnis.

Die CDU/CSU läßt sich bei ihrer Entscheidung vor allem von vier Gesichtspunkten leiten:

① Unsere moralische und politische Pflicht ist es, den Frieden zu sichern. Dazu gehört die Verhinderung des Krieges durch glaubhafte Abschreckung. Die Neutronenwaffe verstärkt die Abschreckung gegenüber der ständig wachsenden Angriffsfähigkeit der sowjetischen Kriegsmacht in Europa, insbesondere ihrer Panzerverbände.

② Im Konfliktfall, den die Abschreckung verhindern soll, vermindert die Neutronenwaffe — im Vergleich zu den bisherigen Atomwaffen — die Gefährdung der Zivilbevölkerung. Denn gerade die Schäden zu Lasten der Zivilbevölkerung wären bei einem Einsatz dieser Waffe gegen militärische Ziele geringer als bei den gegenwärtig vorhandenen taktischen Kernwaffen.



## DAS KÜNFTIGE EG-PARLAMENT

410 direkt gewählte Abgeordnete

Ein Abgeordneter

für

Einwohner

693 000 England

davon:

Dänemark 317 000

BR Deutschland 763 000

208 000 Irland

546 000 Niederlande

408 000 Belgien

60 000 Luxemburg

Frankreich 551 000

Italien 689 000

Das neue Europa-Parlament wird 410 Abgeordnete umfassen: Jeweils einen für rund 635 000 Einwohner. Sie werden in den neun Mitgliedsländern nach nationalem Recht gewählt. Erst das neue Parlament soll dann ein einheitliches Wahlrecht schaffen. Bisher wurden die Abgeordneten von den nationalen Volksvertretungen nach Staatsbürgerschaft entsandt.



Die ersten direkten Wahlen zu einem Europäischen Parlament werden vom 7. bis 10. Juni 1979 stattfinden. Das CDU-Präsidium begrüßte diese Entscheidung des EG-Ministerrates und beschloß, demnächst eine ausführliche Diskussion über die notwendigen Wahlvorbereitungen zu führen. Heiner Geißler berichtete außerdem vor dem Präsidium über den Stand der Vorbereitungen zur Gründung der Europäischen Demokratischen Union (EDU). Die Gründung der EDU als Arbeitsgemeinschaft europäischer christlich-demokratischer, konservativer und anderer Parteien der Mitte soll am 24. April 1978 in Salzburg stattfinden.

③ Die Neutronenwaffe erhöht keineswegs das Risiko eines Atomkrieges. Der amerikanische Präsident hat nach dem in der Allianz einvernehmlich geregelten Verfahren die Entscheidung über ihren Einsatz, wie bei allen anderen amerikanischen Kernwaffen, zu treffen.

④ Die Chance, die Sowjetunion zur Abrüstung zu bewegen, wächst nicht durch einseitige westliche Verzichte und Vorleistungen.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, zusammen mit anderen Verbündeten der Entscheidung des US-Präsidenten zur Produktion dieser Waffe und ihrer Einführung in das Arsenal des Atlantischen Bündnisses zuzustimmen.

## INFORMATION

### 19 % aller CDU-Mitglieder sind in einer Gewerkschaft

Etwa ein Fünftel der CDU-Mitglieder gehören den Gewerkschaften an. Die Auswertung einer umfassenden Repräsentativ-Umfrage unter den Mitgliedern der CDU hat, wie Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke mitteilte, ergeben, daß der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der CDU-Mitgliedschaft (670 000) etwa gleich hoch ist wie der an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet, daß 19



Prozent aller CDU-Mitglieder zugleich Mitglied einer Gewerkschaft sind.

Bei den CDU-Mitgliedern, die in der Partei aktiv mitarbeiten, ist der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder noch etwas höher. 25 Prozent der aktiven CDU-Mitglieder gehören zugleich Gewerkschaften an. Bei den Funktions- und Mandatsträgern der CDU liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei 23 Prozent.

## **CDU-OB mit großer Mehrheit wiedergewählt**

Mit großer Mehrheit ist der bisherige Karlsruher Oberbürgermeister Otto Dullenkopf (CDU) wiedergewählt worden. Bei einer Wahlbeteiligung von 56,8 Prozent erhielt der 58 Jahre alte Kommunalpolitiker 69,57 Prozent der Stimmen. Vor acht Jahren waren auf Dullenkopf im zweiten Wahlgang 64,8 Prozent der Stimmen entfallen. Die SPD-Kandidatin Heinke Salisch erhielt 28,81 Prozent. Dieses Ergebnis ist das schlechteste für die Sozialdemokraten in Karlsruhe seit 1945. In Baden-Württemberg werden die Oberbürgermeister direkt gewählt.

## **Mit Marktwirtschaft gegen Arbeitslosigkeit**

Gut zwei Drittel der Bundesbürger (67 Prozent) halten die Marktwirtschaft für besser geeignet als staatliche Lenkungsmaßnahmen, das Arbeitslosenproblem zu lösen. Das hat eine Repräsentativumfrage ergeben, die das Emnid-Institut im März vornahm. Nach der in Wiesbaden veröffentlichten Umfrage sprachen sich nur 29 Prozent der insgesamt 1 024 Befragten für „mehr Staat“ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus. Drei Prozent machten keine Angaben. Bei allen befragten Gruppen überwog die vergleichsweise positive Einstellung zur Marktwirtschaft. Allerdings

war diese Haltung bei Gewerkschaftsmitgliedern skeptischer: nur 55 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten sprachen sich für die marktwirtschaftliche Lösung des Arbeitslosenproblems aus, während immerhin 43 Prozent für stärkere staatliche Lenkung eintraten.

## **Neues Konzept zum Energiesparen**

Federführend für die CDU-regierten Länder hat die baden-württembergische Landesregierung jetzt ein Alternativkonzept zu dem Energiesparprogramm der Bundesregierung vorgelegt. Kernpunkt der mit Bayern im Grundsatz abgestimmten Vorschläge, die als Gesetzesinitiative in den Bundesrat eingebracht werden sollen, ist eine Verbindung von steuerlichen Erleichterungen mit der Gewährung von Zuschüssen oder zinsverbilligten Darlehen in den Fällen, in denen die steuerliche Förderung nicht greift. Dabei soll das bisher vorgesehene Gesamtfördervolumen in Höhe von 4,35 Milliarden Mark für die Zeit bis 1982 beibehalten werden. Die baden-württembergische Landesregierung hatte das geplante Energiesparprogramm des Bundes zu Fall gebracht, weil sie dessen Koppelung mit der vorgesehenen Verdoppelung der Heizölsteuer, einer Ausweitung der Mischfinanzierung und zu bürokratisch gehandhabter Vorschriften ablehnt.

## **Zwei CDU-Betriebsräte in Düsseldorfer DGB-Zentrale**

Bei der Betriebsratswahl in der Düsseldorfer DGB-Zentrale wurden zwei CDU-Mitglieder als Betriebsräte in die neun Mitglieder zählende Arbeitnehmervertretung gewählt. Zwei weitere Betriebsratsmitglieder sind parteilos.



## ■ BUNDESWEHR

# Union für Heeresreform, aber gegen radikale Eingriffe

**Die Entscheidungen von Minister Apel zum Gesamtmodell der Streitkräfte und zur Heeresstruktur 4 eröffnen Chancen für einen neuen Ansatz in unserer Bundeswehrpolitik. Diese Chancen gilt es jetzt zu nutzen. Dazu stellte der vereidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Manfred Wörner fest:**

- 1 Wir müssen neue Prioritäten setzen. Das wirklich Wichtige muß zuerst verwirklicht werden; das heißt nach unserer Auffassung, daß der Soldat und seine Qualität in den Mittelpunkt unserer Bemühungen treten muß.
- 2 Die durch die notwendige Aufstockung der Zahl der Panzer und Schützenpanzer erforderliche Strukturänderung muß durch eine Weiterentwicklung der bestehenden Struktur und nicht durch radikale Eingriffe erfolgen.
- 3 Finanzielle Gesichtspunkte sind sicher wichtig. Aber sie dürfen nicht der einzige Maßstab sein. Wenn die Bedrohung steigt, müssen auch unsere Anstrengungen steigen. Was zur Aufrechterhaltung der Abschreckung unabdingbar erforderlich ist, darf nicht am Geld scheitern. Die Sicherung der Freiheit hat Vorrang.

Die wichtigsten Aufgaben sind nach unserer Auffassung:

- Eine Neuorientierung des Ausbildungskonzepts

- Die Eindämmung der Bürokratisierung der Bundeswehr

- Der schrittweise Abbau des Berufsstatus

- Die Verbesserung der Gesamtverteidigung

- Eine verstärkte Nutzung des Reservistenpotentials.

Wir sind dabei, allmählich unsere stärkste Waffe, die bessere Führungskraft auf dem Gefechtsfeld, wegzugeben. Das Niveau der militärischen Führungskraft und auch des praktischen soldatischen Könnens ist im Sinken begriffen. Es ist schon ein Alarmzeichen erster Ordnung, wenn im Zustandsbericht der Bundeswehr das mangelnde taktische Führungsvermögen der jungen Offiziere und Unteroffiziere beklagt wird. Wir bilden Manager, Funktionäre und Administratoren aus, wo wir Menschenführer und Soldaten brauchten — das heißt, Männer, die im Ernstfall kämpfen können.

Seelenloses, rein technokratisches Effizienzdenken macht sich immer breiter. Wir von der CDU/CSU sind keine Maschinenstürmer. Wir wissen um die Bedeutung der modernen Technik. Aber wenn der Mensch auch in der Armee Herr der Technik bleiben soll, dann müssen Erziehung, Charakter und Persönlichkeitswerte wieder stärker Auswahl und Ausbildung unseres Führungsnachwuchses bestimmen.



Wir vernachlässigen die militärische Praxis und das soldatische Können in unverantwortlichem Ausmaß. Das fängt beim Wehrpflichtigen an. Für die routinemäßige Beherrschung, vor allem aber für taktisch-richtiges und nutzbringendes Ausüben der Funktionen reicht die Zeit bei der Einzelausbildung nicht aus. Die modernen Waffensysteme (Leo II, Marder, Milan usw.) können in ihren Möglichkeiten nicht mehr voll ausgeschöpft werden. Die infanteristische Grundausbildung kommt zu kurz. ABC-Ausbildung und Nachtausbildung werden vielfach nicht ausreichend betrieben. Von Ausbildung im subversiven Kampf kann überhaupt nicht die Rede sein, obwohl die subversive Kriegsführung im Warschauer Pakt geübt und vorbereitet wird. Der technische Dienst frißt zu viel Zeit, die Kampfausbildung kommt zu kurz. Der derzeitige Ausbildungsstand in der Truppe ist sicher nicht so gut, wie er in vielen Sonntagsreden gelobt wird.

Unsere Vorschläge lauten:

① Wir brauchen einen differenzierten Ausbildungsgang für Unteroffiziere. Dieser unterscheidet zwischen dem Status bis Z 2 (Kurzdiener) und ab Z 3 (Längerdienster). Die Kurzdiener erhalten ihren Grundlehrgang statt im 4. im 5. Quartal, werden dann Hauptgefreite UA und stehen noch drei Quartale als Hilfsausbilder zur Verfügung. Sie scheiden als „Unteroffiziere der Reserve“ aus. Die längerdienenden Unteroffiziere durchlaufen die Vollausbildung ganz, gehen im 6. Quartal als Hauptgefreite auf den Grundlehrgang und durchlaufen anschließend ein halbjährliches Praktikum als angeleiteter Hilfsausbilder. Sie werden nach zwei Jahren Unteroffizier. Damit haben sie einen deutlichen Reife-, Erfahrungs- und Ausbildungsvorsprung vor den Soldaten, mit

denen sie eingetreten sind. Die Bezeichnung „Unteroffizier“ erhält damit endlich wieder einen anspruchsvollen Rang.

② Zivile Fachlehrgänge für Unteroffiziere der Kampftruppen sind stärker am Bedarf zu orientieren und auf das Ende der Dienstzeit zu verlegen.

③ Eine stärkere Verwendungsbezogenheit und Praxisorientierung der Offiziersausbildung ist sicherzustellen. Das heißt

— der junge Offiziersanwärter muß länger in der Truppe bleiben, ehe er an die Bundeswehrhochschule geht

— an den Bundeswehrhochschulen ist mehr berufsbezogener Lehrstoff aufzunehmen

— das Anleitstudium ist mit militärspezifischen Fächern anzureichern

— die Zahl der betreuenden Offiziere muß erheblich erhöht werden

— die Prüfungszeit darf nicht auf die Studienzeit von drei Jahren angerechnet werden.

④ Auch solche Offiziere, die im Studium gescheitert sind, müssen die Chance zur Bewährung in der Truppe erhalten. Bewähren sie sich, dann muß ihnen auch der Weg zum Aufstieg wieder geöffnet werden.

⑤ Schließlich gehören in den Auswahllehrgang der Fortbildungsstufe C auch militärische Stoffe und nicht zuletzt die militärische Führung und sei es nur zur Feststellung und Überprüfung des auf diesem Gebiet erworbenen Könnens. Hierbei kann man allerdings nicht alle Offiziere über einen Kamm scheren. So müssen z. B. Angehörige der Kampf- und Kampfunterstützungstruppen in einer anderen Art des militärischen Führens beurteilt werden als die Angehörigen der Führungstruppe und der Logistikgruppen.



## ■ NICO HÜBNER

# Die Deutschen in der DDR nicht moralisch im Stich lassen

**Nico Hübner, der junge Regimekritiker aus Ost-Berlin, ist für seine Überzeugung ins Gefängnis des Staatssicherheitsdienstes gegangen. Er war „darauf gefaßt, den Strafvollzug eines Regimes von innen kennenzulernen“, und seine Ablehnung des Militärdienstes unter Berufung auf den Viermächtestatus von Groß-Berlin war für seine Häsher nur der willkommene Anlaß, ihn endlich einzusperren.**

**N**ico Hübner, der Sohn linientreuer Eltern, ist ein für das SED-Regime überaus peinlicher Beweis, daß die kommunistische Gewaltlehre zwar die Menschen, nicht aber ihre Gehirne beherrschen kann, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Kunz (Berlin).

Wir dürfen Nico Hübner, der es gewagt hat, gegen die Macht eines verlogenen und unmenschlichen Regimes öffentlich aufzubegehren, nicht im Stich lassen: Er ist ein Deutscher, und er hat das Recht ebenso auf seiner Seite wie die Moral, die intellektuelle Redlichkeit und den Mut der Wahrheit. Die Prominenz seines Falles wird hoffentlich dazu beitragen, daß Nico Hübner nicht in Vergessenheit gerät, nachdem sich jetzt die Gefängnistore hinter ihm geschlossen haben.

Natürlich werden sich die westlichen Schutzmächte in Berlin um diesen Ge-

fangenen kümmern müssen, der ihre Rechtsposition um den Preis seiner Existenz verteidigt hat. Ebenso natürlich ist auch die Bundesregierung verpflichtet, seine rasche Freilassung mit allen Kräften zu betreiben. Doch auch die Öffentlichkeit und die Medien sollten ihre notwendige Unterstützungsrolle erkennen und wahrnehmen.

Vermutlich wird es manche geben, die meinen, den Fall Nico Hübner mit Mitleid abtun zu können, oder die ihm gar insgeheim den Vorwurf machen, er habe sich leichtfertig in eine ihm wohlbekannte Gefahr gebracht. Aber Nico Hübner hat nicht mutwillig gehandelt, sondern konsequent, und Mitleid wird er sich schon deshalb verbitten, weil er ernst genommen werden will. Dazu besteht auch jeder Anlaß, denn die Situationsstudie, die er hinterlassen hat, ist nicht nur eine analytisch durchdachte Darstellung der geistigen Versklavung in der DDR, sondern enthält auch Aussagen, die uns betreffen — und betroffenen machen sollten.

„Die Politik in der Bundesrepublik Deutschland lehnt es leider ab, zur moralischen Stütze im anderen Teil Deutschlands zu werden.“ Diese resignierende Feststellung des Nico Hübner muß in der Bundesrepublik Deutschland als Aufforderung zum Handeln verstanden werden. Die Politik in unserem Land — und das heißt vor allem die dafür verantwortliche Bundes-



regierung — darf die Menschen in der DDR nicht moralisch im Stich lassen. Im Ergebnis ist es gewiß richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag zur materiellen Besserstellung der Menschen in der DDR leistet. Nur genügt das für sich allein noch nicht, denn bekanntlich lebt der Mensch nicht vom Brot allein — und auch nicht von einem höheren Lebensstandard.

## Solidarität erwartet

Was unsere Landsleute in der DDR von uns erwarten, ist darüber hinaus ein moralischer Rückhalt in ihrer bedrängten geistigen Situation. Was sie von uns erwarten, ist die selbstverständliche menschliche und politische Solidarität, die sich nicht am faktischen Kalkül orientiert, sondern die Anliegen der Menschen jenseits der Demarkationslinie zu unseren eigenen werden läßt. Sie, denen es verwehrt ist, frei zu handeln und sich frei zu äußern, wollen sich von uns „repräsentiert“ fühlen und ihre uns obliegende Interessenvertretung offensiv wahrgenommen sehen. Daher haben sie mit Recht überhaupt kein Verständnis dafür, wenn die Bundesregierung — wie geschehen — wertneutrale Systemvergleiche anstellen läßt und dies als Deutschlandpolitik ausgibt. Die Deutschen in der DDR wollen nicht theoretisches Studienobjekt sein, sondern sie wollen unser emotionales Engagement, das noch immer die bessere Triebfeder des Handelns ist als berechnender Opportunismus. Natürlich hilft es den Menschen im anderen Teil Deutschlands, wenn Tausenden von besonders schwer Betroffenen auf stille Weise der Weg in die Freiheit gebahnt wird. Aber über diesen Aktivitäten, die dem humanitären Mindeststandard entsprechen, dürfen doch

nicht die Millionen von Menschen vernachlässigt werden, die nach wie vor unter einem totalitären Regime leiden.

Diesen Menschen, die keinen geistigen oder physischen Ausbruchversuch unternehmen, muß daher an Ort und Stelle geholfen werden. Dies bedeutet ganz konkret, daß wir ihre Anliegen öffentlich und weltweit zur Sprache bringen und daß wir Verträge, Abkommen, Absichtserklärungen, aber auch wirtschaftliche Beziehungen bewußt als Hebel einsetzen, um den Deutschen in der DDR mehr persönlichen Freiraum zu verschaffen.

Natürlich darf solche Hilfe nicht im Wege der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR erfolgen. Aber zwischen Einmischung und aktiver Interessenvertretung, die sich auf rechtliche und politische Grundlagen stützt, besteht ein himmelweiter Unterschied. Niemand darf sich jedenfalls ins Bockshorn jagen lassen, wenn Aktivitäten zugunsten der Menschen fälschlich als Einmischung denunziert werden.

Die Bundesregierung sollte den Bericht des Nico Hübner nicht nur zur Kenntnis, sondern als Anleitung zum Handeln nehmen.

## Initiative gefordert

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Kittelmann forderte in einem Brief an die drei Fraktionsvorsitzenden zu einer gemeinsamen Initiative des Deutschen Bundestages zur Freilassung des Berliner Bürgers Nico Hübner auf. Dabei sollen die für Berlin verantwortlichen Signatarmächte aufgefordert werden, sich für die Durchsetzung der für Groß-Berlin geltenden internationalen Verträge und Vereinbarungen einzusetzen.



## ■ KOALITION

### Schluß mit der Volksverhetzung

**Generalsekretär Heiner Geißler hat am 5. April 1978 an den Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, einen Brief folgenden Inhalts geschrieben:**

„Vor einigen Tagen wurde ich auf Ihre Äußerungen in der Fernsehdiskussion vom 2. März dieses Jahres aufmerksam gemacht. Auf die Frage von Herrn Alt, ob sich viele Rentner angesichts der Rentenpolitik der Koalition nicht doch ‚in der Tat betrogen‘ fühlen und die Gewerkschaften deshalb von ‚sozialer Demontage‘ sprechen, antworteten Sie: ‚Zunächst mal, ich bin der Überzeugung, daß ein bißchen viel Schaum gemacht wird. Ich sage Ihnen einen ganz praktischen Punkt: Ich sehe die Gefahr, was die Parteienlandschaft angeht, daß die CDU/CSU sich zunehmend zu einer Apo von rechts entwickelt, zu einer außerparlamentarischen Opposition von rechts.‘

Diese Charakterisierung der Unionsparteien ist ungeheuerlich und unverantwortlich. Sie gehört zu den leider immer zahlreicheren Versuchen prominenter Politiker der SPD, die Unionsparteien mit dem Nationalsozialismus zu assoziieren oder ihnen einen Hang zum Rechtsradikalismus zu unterstellen.

Ich darf hier nur an den Versuch erinnern, im letzten Bundestagswahlkampf die Union als Gefahr für den inneren und äußeren Frieden darzustellen. Oder auch an die Äußerungen von Herrn Latt-

mann in der Bundestagsdebatte vom 16. Februar 1978, der glaubte, vor einem Wiedererstarken der ‚Reaktion‘ und ‚Repression‘ warnen zu müssen. Für jeden unbefangenen Leser oder Hörer können solche Äußerungen nur bedeuten, daß sie die Treue und Loyalität der Union zur demokratischen Verfassungsordnung in Zweifel ziehen wollen.

Diese Aussagen bereiten mit Sorge. Allerdings befürchte ich nicht, die Bevölkerung könnte ihnen Glauben schenken. Die weiterhin wachsende Zustimmung zu den Unionsparteien zeigt, daß dies nicht der Fall ist. Sorge bereitet mir vielmehr die schädliche Auswirkung solcher Aussagen für unsere demokratische Verfassungsordnung. Für ihren Bestand und für ihr Ansehen bei uns, besonders aber auch im Ausland, ist ein dieser Demokratie gemäßer Umgang der Parteien untereinander unentbehrlich.

Daher bitte ich Sie eindringlich, weitere Diffamierungen der Unionsparteien zu unterlassen und in Ihrer Eigenschaft als Bundesgeschäftsführer darauf hinzuwirken, daß andere Politiker der SPD ähnliche Äußerungen in Zukunft vermeiden.“

### Arndt (SPD) befürwortet imperatives Mandat

Einen „verzweifelte[n] Versuch der Machterhaltung mit Hilfe eines Verfassungsbruchs“ sieht der Landesgeschäftsführer der hessischen CDU, Manfred Kanther, in der Forderung des südhessischen SPD-Bezirksvorsitzenden Rudi Arndt, die Bundestagsabgeordneten dieses Parteibezirks sollten abweichendes Stimmverhalten im Bundestag frühzeitig dem Bezirksvorstand mitteilen und sich unter Umständen vor dem Bezirksbeirat oder einem außerordentlichen Bezirksparteitag um eine ein-



hellige Entscheidung bemühen. In einer in Wiesbaden veröffentlichten Presseerklärung sagte Kanther, dies komme der Einführung des „imperativen Mandats“ gleich, das „eindeutig verfassungswidrig“ sei.

## Mit geballter Faust . . .

Stehend und mit geballten Fäusten, die Internationale singend, empfangen die Juso-Delegierten des Bezirksverbandes Niederrhein auf einer Konferenz in Wuppertal den zu den Parteirebellen zählenden Linksaußen Erich Meinike, MdB. Der SPD-Landesvorsitzende, Wissenschaftsminister Rau, blieb dagegen als einziger Teilnehmer auf seinem Stuhl sitzen. Auf der Konferenz versuchte der SPD-MdB Norbert Gansel, den jungen Genossen eine Lektion in politischer Taktik zu erteilen, indem er erklärte, Widerstand einzelner Abgeordneter der SPD im Bundestag, wie der gegen das Kontaktsperregesetz und die Gesetze zur Terroristenbekämpfung, müsse seine Grenze da finden, wo die Koalition auf dem Spiele stehe.

## SPD mal wieder unter dem Druck der Linken

In der bemerkenswerten Rede, die Bundespräsident Scheel vor der Kommandeurstagung der Bundeswehr in Saarbrücken gehalten hat, finden sich ein paar ungewöhnliche Sätze zum jüngsten Streik einiger tausend Kriegsdienstverweigerer. Sie sind — ohne daß die Partei direkt beim Namen genannt wird — offensichtlich an die Adresse der SPD gerichtet. Scheel wörtlich: „Ich hätte es . . . begrüßt, wenn sich **alle** Parteien eindringlich gegen den gesetzwidrigen Streik der Ersatzdienstleistenden gewandt hätten.“

In der Tat: es wäre begrüßenswert gewesen. Tatsächlich aber hat nur die

Opposition klar Stellung gegen diesen Streik bezogen. Die SPD dagegen fand sich nicht einmal bereit, ihre Jungsozialisten zur Ordnung zu rufen, als die sich damals lauthals mit den streikenden Wehrdienstverweigerern solidarisierten. Die berechtigte Mahnung des Bundespräsidenten sollte die SPD wenigstens im nachhinein nachdenklich stimmen.

## SPD fördert jugendliche Linksextremisten

Der von einer SPD-Mehrheit geführte Rat der Stadt Hannover ist beim niedersächsischen Innenministerium in den Verdacht geraten, trotz mehrfacher Verwarnungen aus Steuermitteln indirekt verfassungsfeindliche Aktivitäten zu finanzieren. Zielscheibe der massiven Kritik des Ministeriums und der oppositionellen CDU im Stadtparlament ist das „Unabhängige Jugendzentrum Nordstadt“ in der hannoverschen Kornstraße. Das von der Stadt im vergangenen Jahr gegen den Willen der Opposition mit 130 000 DM geförderte Jugendzentrum stellt nach Beobachtungen der Sicherheitsbehörden eine Basis für links-extremistische Aktionen, insbesondere für „militante“ Kernkraftgegner, dar. Das Haus ist an der Außenfront als „Atom-Info-Zentrum“ kenntlich gemacht und wird von seinen Bewohnern ständig bewacht.

## Ehmke verläßt Amtsvilla

Ex-Minister Horst Ehmke (SPD) räumt am 31. Mai — nach heftiger Kritik vom Haushaltsausschuß — seine ehemalige Amtsvilla in Rhöndorf. Er zahlte monatlich nur 2 000 Mark Miete — vergleichbare Häuser kosten mindestens 4 000 Mark. „Erfreulich, daß unser Nachhilfeunterricht bei Herrn Ehmke gewirkt hat“, meint CDU-Haushaltsexperte Schröder.



## ■ LANDESPARTEITAG BERLIN

# Wieder Vertrauen in die Wirtschaftskraft der Stadt schaffen

**Im Falle der Regierungsübernahme durch die Berliner CDU wird Peter Lorenz den CDU-Wirtschaftspolitiker Karl Heinz Narjes, MdB, mit dem Amt des Wirtschaftssenators betrauen. Die Aufgaben dieses zentralen Regierungsamtes standen im Mittelpunkt des Referates, das Narjes auf dem 60. Landesparteitag der Berliner CDU am letzten Wochenende in Berlin hielt.**

**N**arjes, von den Delegierten wegen seiner Entscheidung für Berlin mit herzlichem Beifall bedacht, skizzierte in seinem Referat die zentralen Aufgaben einer CDU-Wirtschaftspolitik in Berlin. Sie wird geprägt sein von der Bewältigung des größten Problems: Wieder Vertrauen in die Stadt zu schaffen.

Karl Heinz Narjes machte deutlich, daß die Wirtschaft erst dann wieder die notwendigen Investitionen in Berlin vornimmt, wenn sich das Klima entscheidend gewandelt hat. Eine wie auch immer geführte SPD-Regierung könne das auf keinen Fall schaffen.

Mit der Berufung von Narjes setzte der unumstrittene CDU-Spitzenkandidat Peter Lorenz einen ersten Akzent für seine Regierungsmannschaft, die sich im Falle eines CDU-Sieges nicht nur aus bewährten Berliner CDU-Politikern zusammensetzen wird. Lorenz machte in seinen Reden vor dem Parteitag deutlich, daß seine Partei nicht nur geschlossen, sondern auch entschlossen ist, bei den

Wahlen im März nächsten Jahres den Sieg zu erringen. Lorenz sagte, der Wechsel in Berlin sei längst überfällig, denn an Hunderten von Beispielen zeige sich: „Dreißig Jahre SPD sind genug.“

Der vor gut einem Jahr von den Sozialdemokraten vollzogene Wechsel von Schütz zu Stobbe habe für die Stadt nicht die geringste Besserung gebracht. Stobbe stehe in der Kontinuität des Versagens. Er tue so, als ob er Veränderungen bewirke. In Wirklichkeit geschehe nichts. Seine Politik — eingebunden in die latenten Auseinandersetzungen der beiden SPD-Flügel — bewege keines der drängenden Probleme von der Stelle.

Nicht umsonst setzten Lorenz und seine Freunde auf diesem Parteitag die Wirtschaftspolitik als Priorität an die Spitze, weil horrender Bevölkerungsschwund und gefährlicher Arbeitsplatzverlust die sichtbarsten Zeichen einer besorgniserregenden Entwicklung sind: In Berlin sind die Arbeitslosenzahlen höher als im Bundesgebiet, das Wachstum des Bruttosozialprodukts ist ebenfalls geringer. Dabei gibt es eigentlich keine objektiven Gründe für dieses immer deutlicher werdende Absinken der größten — ist sie das noch? — Industriestadt Deutschlands. Peter Lorenz und die Delegierten des 60. Landesparteitags ließen keinen Zweifel daran, daß die CDU gewillt ist, dieses lebensnotwendige Pro-



blem sofort und energisch anzupacken. Unter den Christdemokraten und ihren Anhängern in Berlin gibt es keinen Zweifel, daß die Frage der Lebensfähigkeit Berlins ganz entscheidend von seiner eigenen wirtschaftlichen Leistung abhängen wird. Daraus resultiert auch die politische Unabhängigkeit gegenüber dem Osten. Nicht von ungefähr war der 60. Landesparteitag zugleich der europäischen Integration der Stadt gewidmet. Zu dem Motto „Einheit Europas — Freiheit Berlins“ sprach Peter Lorenz ein klares Ja zu Europa. Die christdemokratischen Parteien in Europa sollten wissen, daß wir dabei immer im Bewußtsein haben, daß die europäische Gemeinschaft offenbleiben muß für das ganze wiedervereinigte Deutschland.

Der Berliner CDU-Vorsitzende räumte ein, daß es dabei Skepsis geben möge, er erwähnte in diesem Zusammenhang Befürchtungen auch in Partnerländern, „ein wieder zusammengefügt Deutschland mit seiner mächtigen Industrie und seinem mächtigen Bildungspotential könne ein Übergewicht in Europa erlangen, das für die Gemeinschaft schädlich sei“. Es sei jedoch für die CDU unmöglich, „unsere nationale Identität preiszugeben, auch nicht auf dem Altar der europäischen Gemeinschaft“. Der Friede in Europa könne auf die Dauer nicht gesichert werden, wenn er mit dem „Risiko der zwangsweise aufrechterhaltenen Spaltung belastet“ bleibe.

Die Anwesenheit von Mitgliedern der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments, die am Tag zuvor zum zweiten Mal in Berlin getagt hatten, unterstrich die europäische Bedeutung dieses Parteitages. Der Fraktionsvorsitzende der CD-Fraktion, Egon Klepsch, sagte unter

Hinweis auf die auf Vorschlag des Europäischen Rates zwischen dem 7. und 10. Juni 1979 stattfindenden ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament, daß sich die christlichen Demokraten stets als Speerspitze bei der Einigung Europas gefühlt haben: Dies mache die Gründung der Europäischen Volkspartei, die sich inzwischen ein eigenes Programm gegeben habe, besonders deutlich. Die Europäische Volkspartei der christlichen Demokraten gehe in den Wahlkampf mit dem Anspruch, im Europäischen Parlament die stärkste Fraktion zu stellen.

Daß dies keine Illusion ist, machte Klepsch mit dem Hinweis auf die jüngsten Wahlen in mehreren Ländern Europas deutlich: In Belgien, den Niederlanden und Frankreich wurden christlich-demokratische Parteien zur führenden politischen Kraft.

## Umweltschützer wollen keine Partei gründen

Der Bundesverband der Bürgerinitiativen für Umweltschutz will sich nicht in eine eigenständige Umweltschutzpartei verwandeln und keine „grünen Listen“ für überörtliche Maßnahmen aufstellen. Das ist das Ergebnis eines zweitägigen Bundeskongresses der Bürgerinitiativen in Kassel, an dem rund 250 Vertreter aus der gesamten Bundesrepublik teilnahmen. Der Bundesverband will ein Interessenverband wie beispielsweise der Deutsche Gewerkschaftsbund bleiben. Die Kongreßteilnehmer beschlossen, daß Umweltschutz, die Verhinderung atomarer Verseuchung und die Schaffung von mehr Lebensqualität absoluten Vorrang in der Arbeit der Bürgerinitiativen behalten sollen.



## ■ MITTELSTAND / FRAUENVEREINIGUNG

# Frauen haben mehr Mut zur Selbständigkeit

Am 8. April 1978 fand in Hamburg die Fachtagung „Die Frau in mittelständischen Betrieben — Aufgaben, Leistung, Verantwortung“ statt, die die Frauenvereinigung der CDU und die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU gemeinsam vorbereiteten und durchführten. Zur Eröffnung erklärte die Vorsitzende der Frauenvereinigung, Dr. Helga Wex, MdB: „Die besonderen Probleme der in den mittelständischen Unternehmen tätigen Frauen, vor allem der dort mitarbeitenden Ehefrauen, werden von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien wie ein politisches Niemandsland behandelt.“

**Z**war bemüht sich die FDP in Wahlkampfzeiten um eine Selbstdarstellung als Anwalt des Mittelstandes und als Fürsprecher der Frauen. Doch unter der Verantwortung einer Bundesregierung, in der die FDP den Wirtschaftsminister stellt, sind einerseits immer mehr mittelständische Unternehmen von einer beispiellosen Konzentrations- und Pleitewelle betroffen und haben andererseits immer mehr „Frauen ihren Arbeitsplatz verloren“.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es knapp eine halbe Million (487 000) Frauen, die selbständig tätig sind, und zusätzlich 1 020 000 weibliche sogenannte mithelfende Familienangehörige, d. h. 21,8 % aller Selbständigen sind

Frauen, und der Großteil von etwa 80 % der mithelfenden Familienangehörigen sind ebenfalls Frauen. Bei Männern sind 12,4 % der Erwerbstätigen selbständig, bei den Frauen sind es 15,8 %, d. h., daß Frauen mehr Mut zum Selbständigsein haben oder haben müssen, weil sie in abhängigen Berufen oft nicht die gleichen Möglichkeiten und Chancen des Aufstiegs haben wie die Männer. Besonders in der Landwirtschaft (51,9 %), im Handel (55,3 %) und im Dienstleistungsgewerbe (61,8 %) ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen größer als der der Männer.

Dies sind auch die Berufszweige, in denen sich Frauen mit Vorliebe selbständig machen. Bemerkenswert ist, daß in den Altersstufen von 55 bis 60 Jahren sogar 25 % der Frauen selbständig sind. Dies ist die Folge der dezimierten Kriegsgeneration und ein Beweis für die Fähigkeit der Frauen, Betriebe erfolgreich zu führen.

Um so erstaunlicher ist es, daß die Leistungen dieser Frauen für Wirtschaft, Wettbewerb und Angebot von Arbeitsplätzen sowie für Gesellschaft und Familie bisher in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind, daß Gesellschaft und Politik sie übersahen.

In drei Arbeitskreisen und in einer anschließenden Podiumsdiskussion wurden die besonderen Sorgen und Probleme dieser Frauen, aber auch ihre besonderen Chancen im einzelnen erör-



tert, um so eine Grundlage für notwendige Maßnahmen zu gewinnen. Dabei geht es darum, die Situation der in mittelständischen Unternehmen tätigen Frauen generell zu verbessern, und zwar sowohl für die Arbeitnehmerinnen wie für die mithelfenden Familienangehörigen und die selbständigen Unternehmerinnen.

Arbeitskreis 1 befaßte sich unter der Leitung von Helga Diercks-Norden, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, mit der Situation der Frauen im mittelständischen Betrieb und ihrer Probleme. Die Berichterstatterin Ingeborg Hoffmann, MdB, faßte die Meinung der Teilnehmer in u. a. folgenden Forderungen zusammen:

Es muß eine statistische und wissenschaftliche Untersuchung über Situation und Probleme der Frauen im Mittelstand erstellt werden.

Die Versicherungsmöglichkeiten für mitarbeitende Ehefrauen müssen so gestaltet werden, daß sie wahrgenommen werden können und finanziell tragbar sind.

Ähnlich wie bei Neugründungen im allgemeinen sollte die Bereitschaft bei Frauen, sich selbständig zu machen, besonders unterstützt werden.

Im Arbeitskreis 2, unter Leitung von Roswitha Verhülsdonk, MdB, untersuchte Waltrud Will-Feld, MdB, die Probleme der sozialen Sicherung dieser Frauen. In den Fällen, in denen vertragliche und finanzielle Möglichkeiten bestehen, ist es hauptsächlich eine Frage der Information, Maßnahmen zur sozialen Sicherung durchzusetzen. Das eigentliche Problem liegt bei den mithelfenden Familienangehörigen.

Deshalb sollte auch die mitarbeitende Frau im Betrieb des Ehemannes oder im Betrieb der Eltern voll einen Rechts-

anspruch darauf haben, daß die Mitarbeit im Betrieb — in welcher Rechtsstellung auch immer — vertraglich abgesichert wird, um damit die soziale Sicherung zumindest begründen zu können.

Arbeitskreis 3 untersuchte unter Leitung von Gudrun Stiehler die Aus- und Fortbildung. Der Referent, MdB Volker Rühle stellte dazu fest, daß vor allem folgende aktuelle Bemühungen notwendig seien:

Ausbildung in untypischen Frauenberufen — Umschulung arbeitsloser Frauen — Hinführung zum Berufsabschluß — Bezuschussung solcher Betriebe, die in untypischen Berufen Frauen und Mädchen ausbilden — Arbeitslehre, Berufskunde in den Schulen — verbesserte Berufsberatung — zielgruppenorientierte Weiterbildung.

Daraus ergeben sich die Forderungen, Ausbildungsordnungen (siehe Jugendarbeitsschutzgesetz) und Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen zu überprüfen und ausbildungshemmende Vorschriften für Betriebe zu überwinden. Ein Berufsgrundbildungsjahr, die Aufnahme in die Bundesausbildungsförderung, eine bessere Koordinierung und Information über einzelne Modelle sowie vermehrte Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung und Ermunterung zum Bildungsurlaub sollen die Aus- und Fortbildung weiter verbessern.

In seiner Schlußansprache hob der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, MdB Gerhard Zeitel, hervor, daß die Herausforderung an unsere Gesellschaft vor allem eine Herausforderung an die mittelständische Schicht sei. Deshalb sei es so wichtig, nun für die bisher weitgehend unbeachtet gebliebene Leistung der Frauen im Mittelstand eine dauerhafte Interessenvertretung zu schaffen.



## ■ BUNDESPRÄSIDENT

# Brandts Motive sind zu durchsichtig

**Die Erklärung von Helmut Kohl zu dem Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Brandt, Bundespräsident Scheel wiederzuwählen, hat folgenden Wortlaut:**

**D**ie Wahl des neuen Bundespräsidenten findet im Mai 1979 statt. Bis zu diesem Zeitpunkt sind es noch 13 Monate.

Der Respekt vor dem Amt des Bundespräsidenten und dem jetzigen Amtsinhaber gebietet es, eine Diskussion, wie sie der SPD-Vorsitzende ausgelöst hat, jetzt nicht zu führen.

Die Motive des SPD-Vorsitzenden sind zu durchsichtig.

Die CDU wird in Absprache mit ihrer Schwesterpartei, der CSU, in Ruhe und zum richtigen Zeitpunkt ihre Entscheidung für die Bundespräsidentenwahl 1979 treffen.

### Und das schreibt die Presse (5. 4. 1978):

Brandt geht es um die Zementierung der sozial-liberalen Koalition. Doch es muß mit dieser Koalition weit gekommen sein, wenn die SPD glaubt, die FDP mit solchen Mitteln zur Bündnistreue zwingen zu müssen.

**Die Welt**

Das kluge Staatsoberhaupt weiß, daß das Jahr der Landtagswahlen von Hamburg bis Hessen neue Gewichtungen schaffen kann, die nicht im Sinne Brandts durch eine vorgezogene Heiligsprechung Scheels annulliert werden

können. Der neue Purpur kann nicht durch Seine Majestät, den Vorsitzenden der Sozialdemokraten aus den Wolken herab verliehen werden. Scheel hält sich peinlich korrekt an diese Abläufe. Ob Brandt mit seinem frühzeitigen Tusch für Scheel die gleiche Delikatesse gezeigt hat, muß dahinstehen. Einer, dem die Mehrheit abhanden gekommen ist, darf nicht so tricksen, wie es bei Brandt den Anschein hat.

**Frankfurter Neue Presse**

Die Union hat keinen Anlaß, sich in dieser Sache jetzt zu entscheiden. Sie will vielmehr die Landtagswahlen dieses Jahres abwarten. Sie könnten nämlich das Denken der FDP über die nächste Bonner Koalition beeinflussen. Danach läßt sich leichter über den nächsten Präsidenten reden.

**Rheinische Post**

Der Interpretation bedürftig ist Brandts Bemerkung, die SPD habe 1954 Theodor Heuss — der von der FDP kam, damals dem Regierungspartner der CDU/CSU — bei der Wiederwahl ihre Stimmen gegeben. Die SPD war 1954 weit davon entfernt, die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung zu haben, über die menschlichem Ermessen nach die CDU/CSU 1979 verfügen wird.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**

Stellt, wer den Präsidenten Scheel nicht wiederwählen will, dessen Qualitäten in Frage? Wenn das Präsidentenamt aus parteipolitischen Überlegungen schon



UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGELANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 CX  
GEBÜHR BEZAHLT

nicht herausgehalten werden kann, so sollte doch vor der Automatik gewarnt werden, die hier entstehen könnte. Ist nur der wiedergewählte Präsident ein

guter Präsident gewesen, sofern sich nicht aus Altersgründen eine zweite Wahl verbietet? Dahin sollte es nicht kommen. **Westdeutsche Allgemeine Zeitung**

## Mitglieder zur Bundesversammlung unter Zugrundelegung der deutschen Bevölkerung am 1. 7. 1977

(Stand: 1. 1. 1978 / Quelle: Stat. Bundesamt)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Summe
I. Mitglieder des Bundestages	254	224	40	518
II. Mitglieder aus Länderparlamenten <sup>1)</sup>	277	212	29	518
III. Gesamtzahl	531	436	69	1 036

<sup>1)</sup> Mitglieder der Länderparlamente nach Ländern und Parteien

Schleswig-Holstein	12	10	1	23
Hamburg	6	7	1	14
Niedersachsen	32	27	4	63
Bremen*)	2	4	—	6
Berlin	8	7	1	16
Rheinland-Pfalz	17	13	1	31
Saarland	5	4	—	9
Nordrhein-Westfalen	68	65	10	143
Bayern	60	29	3	92
Hessen	22	21	3	46
Baden-Württemberg	45	25	5	75
	277	212	29	518

\*) Gegebenenfalls kann durch Losziehung entschieden werden, ob die FDP durch ein Mitglied und die SPD durch drei Mitglieder vertreten sind.

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**Ud**